



18. Oktober 2024

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Yuhan Liu, Samuel Mäurer, Maik Sattelmanier, Pascal Schrader & Thomas Simon
Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency
www.accounting-for-transparency.de
www.gbpanel.org

Am 26. September 2024 hat der Bundestag das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) verabschiedet, das unter anderem durch die Verkürzung von Aufbewahrungsfristen für Belege oder durch die Absenkung von Formerfordernissen im Zivilrecht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verbessern soll. Die Daten des GBP zeigen jedoch, dass Unternehmen diese Erwartung nur selten teilen: Während nur 10 % der Unternehmen mit einem substantiellen Rückgang ihres Bürokratieaufwands rechnen, gehen 69 % von einem geringen Effekt des neuen Gesetzes aus. Dies liegt auch daran, dass viele Unternehmer die Hauptursache ihrer bürokratischen Belastung weniger in den Gesetzen selbst als in deren Umsetzung durch die staatlichen Behörden sehen. Neue Dokumentationspflichten, etwa in den Bereichen Nachhaltigkeit und Lieferketten, tragen aus Sicht vieler Unternehmen zudem eher zur Verschärfung der bürokratischen Belastung bei und werden von 56 % häufig als Hindernis für Investitionen genannt.

Bürokratieentlastungsgesetz soll die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland erhöhen

Mit dem am 26.09.2024 im Bundestag verabschiedeten Vierten Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) will die Bundesregierung in der deutschen Wirtschaft jährlich knapp eine Milliarde Euro an Bürokratiekosten einsparen.

Zu den zentralen Maßnahmen des neuen Gesetzes gehören die Verkürzung von Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege von zehn auf acht Jahre, die Digitalisierung von Steuerbescheiden sowie der Abbau von Melde- und Informationspflichten. Zusätzlich sollen in einer Reihe von Gesetzen Schriftformerfordernisse herabgestuft werden, um in digitalisierten Prozessen die Notwendigkeit einer Unterschrift auf Papier zu vermeiden. Durch diese Neuregelungen sollen die wirtschaftlichen Standortfaktoren in Deutschland verbessert und Investitionshemmnisse abgebaut werden.

Die deutsche Wirtschaft blickt verhalten auf das neue Gesetz

Obwohl die Bundesregierung vom BEG IV eine positive konjunkturelle Wirkung erwartet, fallen die Einschätzungen der Unternehmen in Deutschland zurückhaltend aus: Wie **Abbildung 1** zeigt, rechnen lediglich 10 % der Unternehmen mit einer starken oder sehr starken Entlastung durch das BEG IV. Im Gegensatz dazu gehen 69 % der Befragten von einer geringen oder sehr geringen Wirkung des Gesetzes auf ihren bürokratischen Aufwand aus.

Besonders im Verarbeitenden Gewerbe, im Gesundheitswesen, im Baugewerbe sowie im Handel ist der Anteil der Unternehmen mit geringen Erwartungen überdurchschnittlich hoch. Im Gastgewerbe hingegen erwarten immerhin 22 % der Unternehmen spürbare Bürokratierleichterungen.

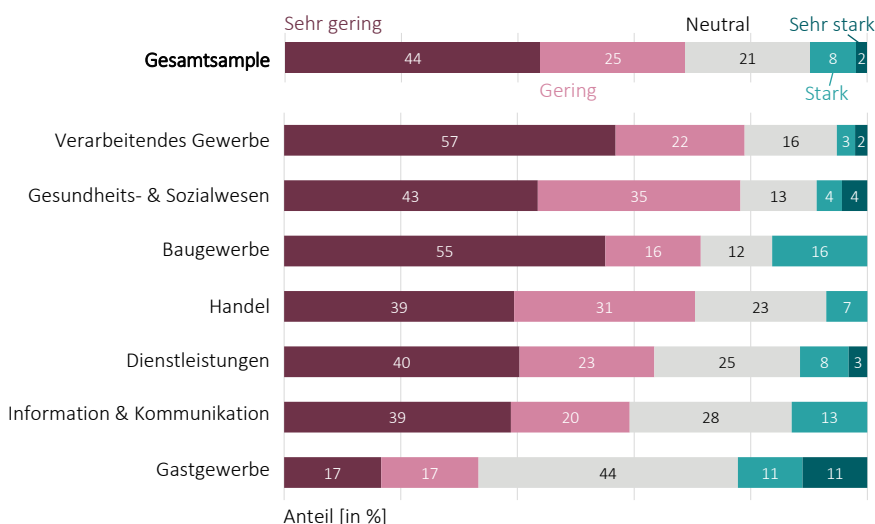
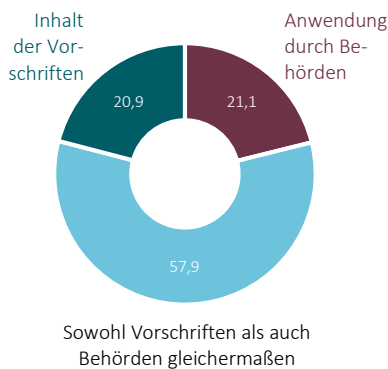


Abbildung 1

In welchem Umfang wird das Bürokratieentlastungsgesetz IV Aufwand reduzieren?

Die Darstellung zeigt, inwiefern Unternehmen in Deutschland mit einer Reduktion ihres bürokratischen Aufwands durch das Bürokratieentlastungsgesetz IV rechnen. Es zeigt sich, dass die Erwartungen insgesamt verhalten sind: Während lediglich 10 % der Unternehmen eine starke oder sehr starke Reduktion ihres Aufwands erwarten, gehen 69 % von einer geringen oder sehr geringen Wirkung des Gesetzes aus.

Wo entsteht die bürokratische Belastung für Ihr Unternehmen? [Anteil in %]



Welche jährliche Gewinnsteigerung entgeht Ihnen durch Bürokratie? [in %]

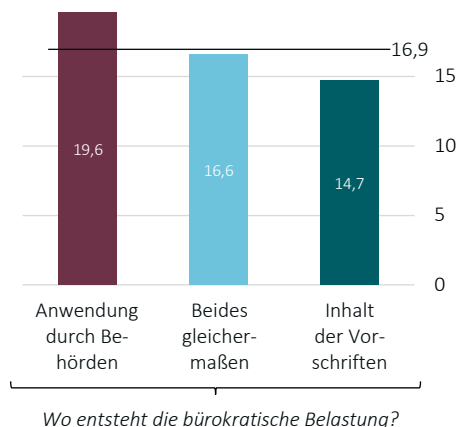


Abbildung 2

Was ist das wirtschaftliche Potenzial von Bürokratieabbau?

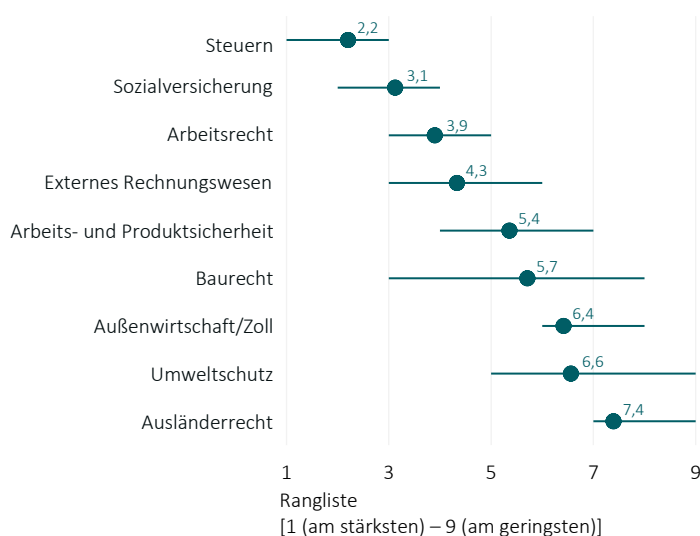
Die Grafik schlüsselt auf, ob Unternehmen ihre bürokratische Belastung eher auf inhaltliche Anforderungen der Gesetze oder auf deren Anwendung durch staatliche Behörden zurückführen. Daneben wird dargestellt, welche Gewinnsteigerungen Unternehmen bei einer Reduktion der staatlichen Bürokratie auf ein angemessenes Niveau erwarten. Es wird deutlich, dass das Potenzial für Gewinnsteigerungen besonders hoch ist, wenn Behörden – nicht Gesetze – als Hauptverursacher der Bürokratie gelten.

Abbildung 3

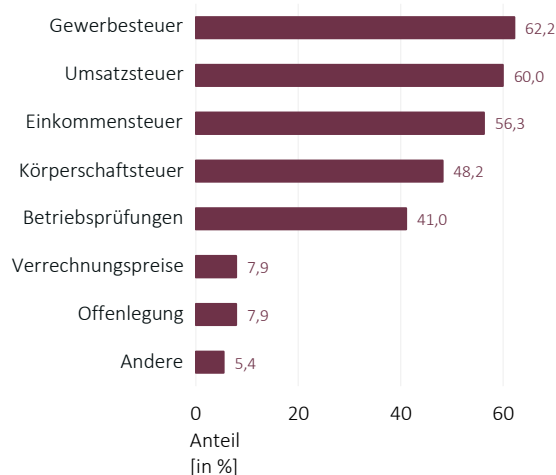
Worin besteht die Bürokratiebelastung von Unternehmen?

Links zeigt die Grafik die Rangordnung der Unternehmensbereiche, die zur Bürokratiebelastung beitragen, basierend auf den durchschnittlichen Platzierungen (1 = stärkste, 9 = geringste Belastung). Innerhalb der farblich hervorgehobenen Intervalle liegen mindestens 50 % der Antworten (25. – 75. Perzentil). Rechts wird der Anteil an Unternehmen weiter aufgeschlüsselt, der in steuerlichen Verpflichtungen Belastungen sieht.

Welcher Bereich trägt am stärksten zur Bürokratiebelastung bei?



Gegeben, dass Steuern generell als bürokratische Last wahrgenommen werden: Welche konkreten steuerlichen Verpflichtungen tragen besonders zur Bürokratiebelastung bei?



Die bürokratische Belastung in Deutschland hat in den letzten zwei Jahre dazu geführt, dass ...?

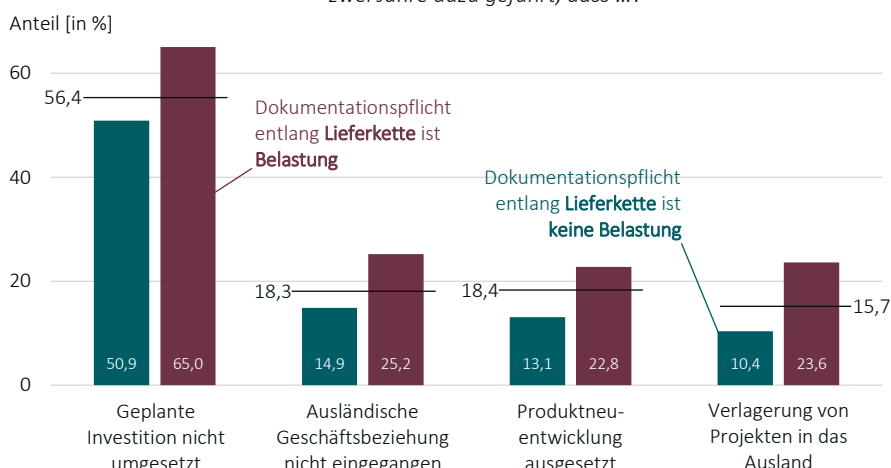


Abbildung 4

Welche Effekte hat Bürokratie entlang von Lieferketten?

Die Abbildung zeigt, welche Maßnahmen Unternehmen in den letzten zwei Jahren als Reaktion auf ihre bürokratische Belastung ergriffen haben – abhängig davon, ob sie Dokumentationspflichten entlang ihrer Lieferketten als belastend empfinden. Zudem werden die durchschnittlichen Werte dargestellt. Deutlich wird, dass Bürokratie besonders häufig zur Streichung geplanter Investitionen geführt hat (56,4 %), insbesondere bei Unternehmen, die Dokumentationspflichten entlang ihrer Lieferketten beklagen (65,0 %).

Die bürokratische Belastung in Deutschland hat in den letzten zwei Jahre dazu geführt, dass ...?

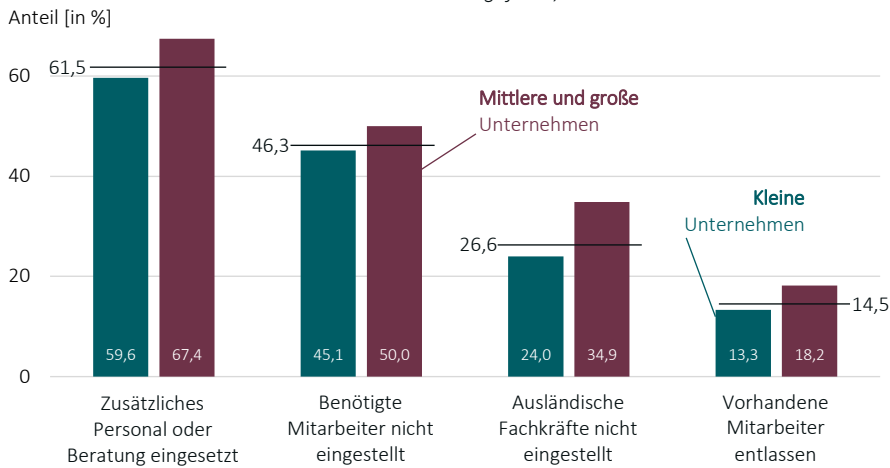


Abbildung 5

Wie beeinflusst Bürokratie Personalentscheidungen?

Die Abbildung zeigt die Auswirkungen bürokratischer Belastungen auf Personalentscheidungen. Dabei wird zwischen kleinen Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern und mittleren sowie großen Unternehmen unterschieden. Es zeigt sich, dass bürokratische Anforderungen häufig den Einsatz zusätzlicher Ressourcen (z. B. Personal oder Beratung) erfordern (61,5 %). Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitern weisen einen noch höheren Wert auf (67,4 %).

Umgang mit staatlichen Behörden gilt als zentraler Bürokratietreiber

Trotz zahlreicher gesetzlicher Änderungen sind die Erwartungen an das BEG IV gering. Eine Erklärung für diese zurückhaltende Bewertung liefert **Abbildung 2**, welche die Quellen der bürokratischen Belastung in Deutschland aufschlüsselt. Bürokratie kann nämlich nicht nur durch die gesetzlichen Regelungen selbst entstehen, sondern auch durch deren Anwendung und das Handeln staatlicher Behörden, das für Unternehmen oft zusätzliche Belastungen erzeugt.

Wie **Abbildung 2** zeigt, nehmen Unternehmen in Deutschland den Umgang mit Behörden als einen zentralen Bürokratietreiber wahr. 57,9 % der Unternehmen geben an, dass ihre bürokratische Belastung gleichermaßen von den inhaltlichen Anforderungen der Gesetze und von deren Anwendung durch staatliche Behörden verursacht wird. 21,1 % der Befragten berichten sogar, dass die Bürokratie vorrangig aus der Interaktion mit Behörden und weniger aus den Regelungen selbst resultiert. Besonders beklagt werden mehrfache Dateneingaben, die mangelnde Vernetzung der Behörden, der Digitalisierungsrückstand sowie lange Verwaltungsverfahren (siehe Kommentare auf Seite 4). Ohne eine umfassende Modernisierung der Verwaltung und ihrer Prozesse versprechen reine Gesetzesänderungen daher häufig nur begrenzten Erfolg auf Bürokratieabbau.

Durch staatliche Bürokratie entgehen erhebliche Gewinne

Dass das wirtschaftliche Potenzial von Bürokratieabbau beträchtlich ist, verdeutlicht **Abbildung 2**. Die Darstellung zeigt, dass Unternehmen in Deutschland im Durchschnitt mit einer Gewinnsteigerung um 16,8 % rechnen würden, falls staatliche Bürokratie auf ein angemessenes Maß reduziert würde. Dabei wird erneut ersichtlich, wie wichtig nicht nur die inhaltliche Anpassung von Gesetzen, sondern auch eine Reform der Behörden ist: Unternehmen, die den Umgang mit Behörden als Haupttreiber der Bürokratie wahrnehmen, schätzen ihre durch Bürokratie entgangenen Gewinne auf 19,6 %. Dagegen bemessen Unternehmen, die die Hauptursache für Bürokratie in den inhaltlichen Anforderungen der Gesetze sehen, diesen Wert im Durchschnitt auf 14,7 %.

Steuern und Sozialversicherung tragen am stärksten zur Bürokratiebelastung bei

Welche Unternehmensbereiche als besonders bürokratisch gelten, schlüsselt **Abbildung 3** auf. Die Darstellung zeigt die Rangordnung, nach derer einzelne Bereiche zur Bürokratiebelastung von Unternehmen beitragen. Es wird deutlich, dass Unternehmen in Deutschland vor allem Steuern und Sozialabgaben (z. B. Dokumentationspflichten für Krankenkassen) als Haupttreiber der Bürokratie wahrnehmen. So nennen 50,1 % der Unternehmen Steuern sogar als Hauptquelle ihrer bürokratischen Belastung, und 68,1 % zählen die Verpflichtungen im Zusammenhang mit Sozialversicherungen zu den drei wichtigsten Bereichen, die Bürokratie verursachen.

An dritter Stelle rangieren Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht, während das externe Rechnungswesen auf dem vierten Platz liegt. Am seltensten werden das Umwelt- und das Ausländerrecht als Bürokratietreiber genannt. Innerhalb der steuerlichen Verpflichtungen gelten gerade die für alle Rechtsformen geltenden Steuerarten der Gewerbesteuer (62,2 %) und der Umsatzsteuer (60,0 %) als Bürokratietreiber.

Bürokratie durch externe Berichtspflichten nimmt auch für kleinere Unternehmen zu

Insbesondere im externen Rechnungswesen hat die kürzliche Ausweitung der Berichtspflichten, etwa im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG), zu einem Anstieg des administrativen Aufwands für Unternehmen in Deutschland geführt. Obwohl Größengrenzen kleinere Unternehmen vor unverhältnismäßigem Aufwand schützen sollen, wirken sich die Berichtspflichten großer Unternehmen oft auch auf kleinere Betriebe aus – zum Beispiel, wenn sie Daten in der Lieferkette weiterleiten müssen. Die Daten des GBP stützen diese Annahme: 30 % der Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern, die direkt dem LkSG unterliegen, sehen darin eine bürokratische Hürde. Dies trifft aber sogar für 35 % der Unternehmen zu, die unterhalb der Schwelle von 1.000 Mitarbeitern liegen.

Bürokratie ist ein Investitionshemmnis und verzerrt Personalentscheidungen

Welche Auswirkungen Bürokratie durch Dokumentationspflichten entlang der Lieferkette hat, zeigt **Abbildung 4**. Im Durchschnitt geben 56,4 % der Unternehmen an, dass bürokratischer Aufwand in den letzten zwei Jahren dazu geführt hat, dass geplante Investitionen nicht umgesetzt wurden. Bei Unternehmen, die Bürokratie durch Lieferkettenregeln beklagen, liegt dieser Wert sogar bei 65 %. Interessanterweise kann bürokratische Last durch Dokumentationspflichten in Lieferketten zu Effekten führen, die der Intention des Gesetzes entgegenlaufen: 23,6 % der betroffenen Unternehmen haben Projekte ins Ausland verlagert, verglichen mit 10,4 % der Unternehmen, die keine Belastungen in diesem Bereich wahrnehmen.

Wie sich steuerliche Bürokratie auf Personalentscheidungen auswirkt, zeigt **Abbildung 5**. Im Durchschnitt geben 61,5 % der Befragten an, in den letzten zwei Jahren zusätzliche Personal- oder Beratungsressourcen aufgrund von Bürokratie eingesetzt zu haben. 46,3 % der Unternehmen haben hingegen wegen des bürokratischen Aufwands auf die Einstellung von für das Kerngeschäft benötigten Mitarbeiter verzichtet. Bürokratie stärkt Personaleinsatz in der Compliance, geschwächt wird wachstumsförderndes Geschäft. **Abbildung 5** zeigt zudem, dass diese Effekte bei Unternehmen mit über 50 Mitarbeitern noch ausgeprägter sind als bei kleineren Unternehmen.

Vorschläge zur Bürokratiereduzierung aus der Befragung

„Einführung einer flächendeckenden Behördeninfrastruktur, die für jedes Bundesland/jeden Landkreis die gleichen Möglichkeiten bietet und miteinander kompatibel ist.“

Architekturbüro mit einem Jahresumsatz von 390 Tsd. Euro

„Bessere Vernetzung der Behörden untereinander. Wenn z. B. Lohndaten im DATEV zur Verfügung stehen, sollten sich die Behörden bei Auskünften zu Angestellten zuerst an die betreffende Stelle wenden und nicht an den Unternehmer.“

Dienstleister mit einem Jahresumsatz von 500 Tsd. EUR

„Obwohl Unternehmen genauso unter Personalmangel leiden, ist es vollkommen unverständlich, warum wir Fristen einhalten müssen, die Behörden sich jedoch unbegrenzt Zeit lassen können.“

Energieversorger mit einem Jahresumsatz von 1 Mio. EUR

„Streichung des Lieferkettengesetzes für Dienstleistungen. Wir müssen hier umfassend dokumentieren, da wir für große Unternehmen arbeiten.“

Unternehmensberatung mit einem Jahresumsatz von 1 Mio. EUR

„Ich zahle 200 EUR pro Monat für ein digitales Fahrtenbuch. Der Staat sollte diesen Preis für sich veranschlagen und die Fahrtenbücher abschaffen.“

Ingenieurbüro mit einem Jahresumsatz von 3 Mio. EUR

Aktuelle Unternehmenstrends im Überblick



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

- [Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
- [Unternehmerische Entscheidungen](#)
- [Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
- [Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Die betriebswirtschaftlichen Indikatoren entwickeln sich im dritten Quartal 2024 negativ. Die erwartete Gewinnveränderung sinkt relativ zum zweiten Quartal 2024 um **-2,01 Prozentpunkte**. Im Mittel liegen die prognostizierten Gewinne für das laufende Kalenderjahr damit deutlich auf Schrumpfungskurs.

Gleichzeitig bleibt das aktuelle Marktumfeld angespannt: Die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit steigt im Vergleich zum zweiten Quartal 2024 um **+1,68 Prozentpunkte**.

Zuletzt sinkt auch die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik im dritten Quartal 2024 um **-0,05 Punkte**. Die Einschätzung liegt damit deutlich unterhalb von drei Punkten auf einer Skala von null (sehr unzufrieden) bis zehn (sehr zufrieden).

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

**ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY**

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Appendix

Aufgliederung der Daten nach Unternehmensklassen

| | Gesamt- sample | Verarbei- tendes Gewerbe | Baugewerbe | Handel | Information & Kommuni- kation | Dienst- leistungen | Gast- gewerbe | Gesund- heits- & Sozialwesen | <50 Mitarbeiter | >= 50 Mitarbeiter |
|---|-------------------|--------------------------------|------------|--------|-------------------------------------|-----------------------|------------------|------------------------------------|--------------------|----------------------|
| Geringe/sehr geringe Entlastung durch BEG IV erwartet [Anteil in %] | 68,7 | 79,0 | 71,4 | 70,4 | 59,3 | 63,5 | 33,3 | 78,3 | 66,4 | 76,0 |
| Umgang mit Behörden verursacht mindestens genauso viel Bürokratie wie Regeln selbst [Anteil in %] | 79,1 | 83,7 | 76,1 | 70,8 | 76,5 | 76,0 | 64,3 | 86,4 | 78,7 | 80,3 |
| Jährliche Gewinneinbußen durch unangemessene Bürokratie [Durchschnitt] | 16,9 | 14,0 | 20,8 | 14,3 | 14,6 | 17,2 | 12,2 | 22,0 | 17,3 | 15,0 |
| Steuern zählen zu den <i>drei</i> (von neun) Bereichen mit höchster Bürokratiebelastung [Anteil in %] | 80,2 | 64,3 | 76,2 | 83,9 | 89,6 | 89,1 | 66,7 | 73,7 | 81,6 | 76,2 |
| Baurecht zählt zu den <i>drei</i> (von neun) Bereichen mit höchster Bürokratiebelastung [Anteil in %] | 26,2 | 19,1 | 61,9 | 14,5 | 8,3 | 20,4 | 40,0 | 15,8 | 26,5 | 25,4 |
| Umweltschutz zählt zu den <i>fünf</i> (von neun) Bereichen mit höchster Bürokratiebelastung [Anteil in %] | 28,8 | 34,5 | 45,2 | 33,9 | 22,9 | 19,0 | 20,0 | 10,5 | 27,8 | 31,5 |
| Dokumentationspflichten entlang von Lieferketten ist Bürokratiebelastung [Anteil in %] | 34,1 | 65,0 | 55,0 | 30,0 | 29,3 | 22,2 | 58,3 | 18,8 | 34,0 | 34,4 |
| In den letzten zwei Jahren: geplante Investition wegen Bürokratie nicht umgesetzt [Anteil in %] | 56,4 | 60,2 | 74,4 | 54,7 | 36,7 | 52,1 | 72,2 | 50,0 | 55,8 | 58,3 |
| In den letzten zwei Jahren: Mitarbeiter oder ausländische Fachkräfte wegen Bürokratie nicht eingestellt [Anteil in %] | 56,2 | 53,4 | 65,1 | 53,1 | 69,4 | 55,7 | 61,1 | 68,2 | 55,1 | 59,9 |